Schulleistungsgesetz (Änderung)

(vom 15. März 2004)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 17. September 2003 und in den Antrag der Finanzkommission vom 15. Januar 2004,

beschliesst:

Das Schulleistungsgesetz vom 2. Februar 1919 wird wie folgt geändert:

§ 1. Der Staat leistet den Schulgemeinden nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Beiträge

lit. a unverändert.

lit. b Ziffern 1 und 2 unverändert.

Ziffer 3 wird aufgehoben.

Abs. 2–4 unverändert.

§ 12. Der Staat leistet an Unterrichtsanstalten und Massnahmen der Sonderschulung von Gemeinden nach deren finanzieller Leistungsfähigkeit Beiträge

a) bis zu drei Vierteln der beitragsberechtigten Ausgaben an Ziffern 1 und 2 unverändert.

3. die Kosten von Stütz- und Fördermassnahmen für höchstens 12 Prozent aller Volksschülerinnen und -schüler einer Gemeinde;

4. die Kosten des Deutschunterrichts für fremdsprachige Volksschülerinnen und -schüler.

lit. b unverändert.

Der Regierungsrat kann für die Beiträge Pauschalen und Höchstansätze festsetzen und bestimmen, dass Beiträge unter einem Mindestbeitrag nicht ausgerichtet werden.

§ 13. Abs. 1 und 2 unverändert.

Der Regierungsrat kann für die Beiträge Pauschalen und Höchstsätze festsetzen und bestimmen, dass Beiträge unter einem Mindestbetrag nicht ausgerichtet werden.

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:
Ernst Stocker

Die Sekretärin:
Regula Thalmann

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht seiner Geschäftsleitung über die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 26. September 2004,

wonach sich ergibt,

Zahl der Stimmberechtigten	802 504
Eingegangene Stimmzettel	427 205
Annehmende Stimmen	201 517
Verwerfende Stimmen	192 017
Leere Stimmen	28 776
Ungültige Stimmen	4 895

beschliesst:

Die Referendumsvorlage «Gesetz über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung (Sanierungsprogramm 04): Schulleistungsgesetz (Änderung)» wird als vom Volke angenommen erklärt.

Zürich, 22. November 2004

Im Namen des Kantonsrates

Die Präsidentin:
Emy Lalli

Die Sekretärin:
Ursula Moor-Schwarz